



öffentlich

Betreff:

Gestaltung des Annemarie-Wolff-Platzes

Einreicher: Fraktion CDU/ANW

Erstellungsdatum 07.01.2015

Eingang 922:

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
28.01.2015	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Im Bornstedter Feld ist im B-Plan 42.4 Kaserne Pappelallee/Am Schragen an der Ecke Georg-Herrmann-Allee/Kiepenheuerallee der Annemarie-Wolff-Platz vorgesehen.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für die Gestaltung des Platzes einen Ideenwettbewerb z. B. in Form eines Studentenwettbewerbs durchzuführen. Bei der Platzgestaltung ist zu berücksichtigen, dass in den Erdgeschossflächen der angrenzenden Bauten Kleingewerbe und Gastronomie entstehen kann.

Die Ergebnisse sind den Bewohnern des Entwicklungsbereichs im Detail vorzustellen. Deren Meinung soll in angemessener Weise festgestellt und bei der Entscheidung berücksichtigt werden. Bei der Entwicklung der Fläche ist das Ergebnis soweit wie möglich für den Investor bindend zu vereinbaren. Soweit dadurch dem Treuhandvermögen Nachteile entstehen, ist darüber in den Ausschüssen gesondert zu beraten.

gez. Matthias Finken
Fraktionsvorsitzende/r

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Im Bornstedter Feld entsteht ein neuer Stadtteil für über 11.000 Einwohner. Aufgrund der Neuansiedlung konnten die Bewohner bisher nicht aktiv in die Gestaltung des Stadtteils einbezogen werden. Inzwischen wohnen bereits über die Hälfte der geplanten Einwohner, sodass deren Einbeziehung jetzt möglich wird. Durch den Wettbewerb entsteht die Möglichkeit, die bereits im Entwicklungsbereich wohnenden Bürger aktiv einzubinden. Sie erhalten damit die Möglichkeit, ihre Vorstellungen zum Ausdruck zu bringen.